

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Hohndorf, Köditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsborn, Marienau, den Müllengrund, Ruhlsnappel und Tirschnitz.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehngelaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtankündigung: „Tageblatt“. Volksbedkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Collnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 294.

Freitag, den 17. Dezember 1920

70. Jahrgang.

Das im Grundbuche für Lichtenstein Blatt 43 noch auf den Namen der am 17. November 1919 in Lichtenstein verstorbenen Gülterswitwe Marie Martha Chambeau geb. Thum eingetragene Grundstück soll am 21. Februar 1921, vormittags 9 Uhr — an der Gerichtsstelle — zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche — Hektar 3,8 Aa groß und auf 14.500 Mk. — Pfg. geschätzt, es besteht aus Wohngebäude mit 2 Anbauten und 1 Schuppengebäude, trägt die Ortsteilnummer 43 A und die Flurbuchnummer 118, und ist an der Hospitalgasse gelegen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen des Grundstücks betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 16. Nov. 1920 veröffentlichten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Versteigerung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Lichtenstein-Collnberg, den 13. Dezember 1920.
Amtsgericht.

Öffentliche Sitzung
der Stadtverordneten nächsten Montag, den 20. Dezember 1920 abends 7 Uhr im Stadtschulsaal (Sparkassenverwaltungsgebäude).
Lichtenstein-Collnberg, den 16. Dezember 1920.
Der Stadtverordneten-Vorsitzer.
Tagesordnung: 1. Richtsprache städtischer Rechnungen 2) Sparkassenrechnung für Lichtenstein vom

Jahre 1919, b) Schulkaassenrechnung für Collnberg vom Jahre 1919. 2. Neuwahl von Gemeindevorständen. 3. Bebauungsplan C 1. 4. Ortsgesetz über Kleinhäuserbauten. 5. Postautolinie Glauchau-Hohndorf. 6. Straßenbeleuchtung. 7. Beschaffung einer „Continental“-Adler-Maschine für die Sparkasse. 8. Ausgabe von Sparkassenbüchern mit Einlage an hier geborene Kinder durch die Sparkasse. 9. Verlegung der Milchküchen. 10. Beschaffung von Inventar im Fachschulgebäude. 11. Erhöhung der Entschädigungen für den Bäckermart bei der Stadtbücherei, den Verwalter des Stadtmuseums und den Hausmann des Museumsgebäudes. 12. Uebernahme der Umzugskosten für einen zugezogenen Lehrer der städtischen Schulen. 13. Ratsvorlage, betr. Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 14. Bewilligung des Aufwandes für Einbau einer Kochgelegenheit in einer Dachwohnung. 15. Ratsvorlage, betr. Zuständigkeit der Stadtoverordneten. 16. Anstellung einer weiteren hauptamtlichen Lehrkraft an der Gewerbeschule. 17. Neufestsetzung der Bezüge für die städtischen Pensionäre. 18. Erhöhung bezw. Neueinführung von Steuern. 19. Umfrage.
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Milchbezahlung.
Die Bezahlung der Milch erfolgt morgen am 14. Tage.
Aueln, Lebensmittelkarte B, Abschnitt 129, 150 Gramm
Mark 1.65. Städt. Lebensmittelamt.

Neuwahl für den Kirchenvorstand von Hohndorf.
Nachdem Herr Vergewaltiger Stainmayer seine Wahl in den Kirchenvorstand abgelehnt hat, findet am 2. Weihnachtstag vorm. 10—11 Uhr in der Sakristei der Kirche zu Hohndorf eine Neuwahl statt, in der ein Ersatzmann zu wählen ist. Der Kirchenvorstand schlägt die Wahl des um das kirchl. Wesen Hohndorfs hochverdienten Herrn Schuldirektor Großer vor. Wahlberechtigt sind diejenigen, die bis 13. November Aufnahme in die Wählerliste gefunden haben. Stimmzettel sind im Pfarramt, in der Kirche und bei Kirchner Wurzinger zu haben. Die Stimmzettel dürfen nur einem Namen enthalten, sonst sind sie ungültig.
Der Kirchenvorstand von Hohndorf.

Notplan des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz.

Da die Kraftstromentnahme trotz des Verbotes in der Lichtperiode von 1/5 Uhr bis 10 Uhr abends vielfach dennoch erfolgte, ist das Elektrizitätswerk an der Lungwitz gezwungen, folgenden Notplan einzuführen:

Ab Sonnabend, den 18. Dezember 1920, wird der elektrische Strom in der Zeit von 1/5 Uhr bis 11 Uhr abends nur für Beleuchtungszwecke, sowie zur Herstellung von Nahrungsmitteln, zum Betrieb der Dreschanlagen, Mühlen, Wasserwerke und des Nachrichtendienstes mit äußerster Einschränkung abgegeben.

Die Stromlieferung wird also künftig von 11 Uhr abends bis 1/5 Uhr nachmittags am nächsten Tage unterbrochen.

Sollte bei den Kontrollgängen festgestellt werden, daß der elektrische Strom für andere Kraftübertragungszwecke entnommen wird, so erfolgt sofortige Außerbetriebsetzung des ganzen Ortes auf 2 Tage.

Verschärfungen u. Änderungen dieses Notplanes bleiben je nach Lage der Situation vorbehalten.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars für das Elektrizitätswerk an der Lungwitz.
M a h r e.

Kurze wichtige Nachrichten.

Im Reichstage wurde gestern das Beamtenbesoldungsgesetz in der Ausschusssitzung angenommen.
In den nächsten Tagen beginnen in Belgrad wichtige wirtschaftliche Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Serbien wegen Abschluß des Wirtschaftsabkommens. An diesen Verhandlungen wird Ministerialdirektor Dr. Klien als Vertreter Sachsens zur Wahrung der Interessen der sächsischen Volkswirtschaft teilnehmen.
Die radikalen Eisenbahner legen ihre Vorbereitungen zum allgemeinen Streik fort. In den Berliner Eisenbahnwerkstätten hat sich nach einer Mitteilung der gestrigen Betriebsratsitzung etwa 2/3 der Arbeiter durch Unterschriften zum Streik verpflichtet, falls nicht die Forderungen bis 29. Dezember erfüllt sind.
Zu der Forderung der alliierten Regierungen, das Verbot der Herstellung und Einlage von Luftmaterial über den im Friedensvertrag vorgezeichneten Zeitraum auszuheben, hat die Regierung eine Note an die Völkerbundkonferenz gerichtet.
In der ersten Sitzung der Brüsseler Konferenz gab Staatssekretär Schröder einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands, die eine allgemeine Aussprache veranlaßte.
Das Feuer entzündete im Flügel des Einwohnermeldeamtes und greift schnell um sich.
Wie die „Germania“ hört, hat Erzberger den Reichstag gebeten, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen, da ihm alles daran liege, die Angelegenheit vollkommen zu klären.

Die Brüsseler Konferenz.

In einem Leitartikel, der anscheinend das Programm der französischen Regierung für Brüssel enthält, stellt der Temps fest, daß die Entschädigungsfrage in Brüssel nicht gelöst, sondern nur zur Lösung vorbereitet werden solle und daß Frankreich sich nicht hinter abstrakten Forderungen verschließen, sondern gemeinsam mit den Deutschen nach praktischen Mitteln suchen wird. Es wird dann eine gewundene Beweisführung dafür versucht, daß es gegenwärtig nicht möglich sei, eine bestimmte Schuldsumme zu nennen und daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages dafür auch keine Notwendigkeit vorliege. Dann werden die bereits bekanntgewordenen einzelnen Forderungen aufgestellt, worunter die wichtigste zu sein scheint, daß Deutschland zunächst für drei Jahre bestimmte Zahlungen leisten soll, deren Höhe schon jetzt festgesetzt werden könne und daß dann die endgültige Zahl und Höhe der Jahresleistung vor Ablauf der dreijährigen Periode festgesetzt werden sollte. Für Deutschland bedeutet diese Veranlassung nach der Meinung des französischen Blattes eine Wagnis, für die Gläubiger dagegen einige Gefahren, denn wenn Deutschland sich wieder kräftiger werde es sich vielleicht seinen Verpflichtungen entziehen wollen. Deshalb müßten die Alliierten Vorkautionen verlangen in Gestalt freiwilliger Verpfändung gewisser bedeutender deutscher Staatsrenten. Um aber andererseits zu verhüten, daß Deutschland auf dem Wege einer Bankrotterklärung seine Verpflichtungen erledige, müßte es den Entente-Staaten ein Programm für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft vortragen. Die Alliierten könnten, falls dieses Programm mit der Hilfe der Vereinigten Staaten rechnet, von Amerika verlangen, daß seine Hilfe von der Erledigung

der deutschen Verpflichtungen abhängig gemacht wird.

Das Wesentliche ist also für Frankreich, einen Aufschwung zu erreichen, der jeden Aufschwung unseres Wirtschaftslebens unmöglich machen würde. Andererseits möchten die Franzosen unsere Finanzen einer Kontrolle unterwerfen. Auf beide Forderungen wird Deutschland unmöglich eingehen können.

Deutsches Reich.

Die Stellung der Reichsregierung zur Entwarnungsnote. Berlin. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Auffassung der Reichsregierung in ihrer künftigen Stellungnahme zur Entwarnungsnote sich auf der gleichen Linie bewegt, wie die des französischen Ministerrats, die dieser gestern zum Ausdruck brachte. Die deutsche Regierung wird von dem Standpunkt ausgehen, daß es sich in dieser Frage um eine rein innerpolitische Angelegenheit handle, und den Versuch unternehmen, die Entwarnungsfrage vom militärischen auf das politische Gebiet überzuleiten. Deshalb soll das Reichsministerium planen, auf diplomatischem Wege durch die Botschafter in Paris, London und Rom in direkte mündliche Verhandlungen mit den Ententemächten zu treten, um zum mindesten für die Durchführung der Entwarnungsnotiz eine neue Frist von längerer Dauer zu erhalten. Die Reichsregierung hält an der Ansicht fest, daß die Einwohnerwehren nicht als ein geschlossener Heeresteil angesehen werden können, und weist auf die ungenügende Bewaffnung der Einwohnerwehren hin, insbesondere auf den Mangel an artillerischen Ausrüstungen.
Wichtigste deutsche Beamte im Rheinland.
Wie die Rheinische Zeitung vernimmt, wird die alliierte Rheinlandkommission die Reichsregierung wissen lassen, daß

em halben Jahre 200
Provisionen der ein-
geben mußten, leicht
Roienthal, der in der
t harte Zone gegen
nehmen ließ, heute
ist Kricasidlich ein
erpart hätte. Mit
nerhalb zweier Jahre,
30.000 Mk. nur in
Schlaglichter auf die
ch Steuerhinterzieher,
ie vertanzt, soll sich
gen einer Herzeleid.
bis Dienstag abend
über seinen Aufenthalt
riantbank, die der W.
ührung ihrer Geschäfte
on Briefen vorgenommen
tschaftsrat.
ien Reichswirtschafts-
ntreibern) an-
Regierung vorzulegt.
Schluß des Paragra-
ber wenn nachweislich
Kohlelieferant trotz recht
und daß ferner dem
tliche Maßnahmen in
sichern sollen nicht
dung.
schwarz einen Antrag,
erat unverzüglich eine
ten noch bestehen, wie
schle neuen Stellen der
gründet worden sind
och beanfordern. Ker-
Monaten frei werden.
er Kaufverträge) er-
uß wird dafür sorgen,
rühmten. Auch die
em Bankhaus
e Heine,
Lichtenstein-Collnberg,
12, 12,
7,50 % 77,50 %
1,50 „ 90 „
1,50 „ 87,50 „
1,50 „ 85 „
1,50 „ 82,50 „
1,50 „ 80 „
1,50 „ 77,50 „
1,50 „ 75 „
1,50 „ 72,50 „
1,50 „ 70 „
1,50 „ 67,50 „
1,50 „ 65 „
1,50 „ 62,50 „
1,50 „ 60 „
1,50 „ 57,50 „
1,50 „ 55 „
1,50 „ 52,50 „
1,50 „ 50 „
1,50 „ 47,50 „
1,50 „ 45 „
1,50 „ 42,50 „
1,50 „ 40 „
1,50 „ 37,50 „
1,50 „ 35 „
1,50 „ 32,50 „
1,50 „ 30 „
1,50 „ 27,50 „
1,50 „ 25 „
1,50 „ 22,50 „
1,50 „ 20 „
1,50 „ 17,50 „
1,50 „ 15 „
1,50 „ 12,50 „
1,50 „ 10 „
1,50 „ 7,50 „
1,50 „ 5 „
1,50 „ 2,50 „
1,50 „ 0 „
Brief
8 1/2 %
22/9,80 „
258,05 „
256 „
1141,65 „
74,08 „
43,95 „
110,50 „
400,50 „
sachen
ngs- und
uerbriefe,
u. s. v.,
markrollen
Zeit :
Pester,
ageblatt.
iner Art — ist die
„Ethen
+ (Anhalt).
chlepfesen, Hunde-
Naturkunde,
alle Kunstbeilagen.
enblatt.
Berichtfüh-
ung nimmt
g. von dem
Schellers
(m. b. S.).